Das Steuerdiktat für Zschachwitz

Bürgerliche und Sozialdemokraten in einer Front — Die Kommunisten kämpfen weiter

Es geht den Berg hinunter, in Zschachwitz, mit der verbürgerlichten Politik der hiesigen SPD. Wertvoll ist hierbei die Feststellung, daß hier wie anderwärts Sozialdemokraten gar nichts anderes sind als eben Sozialdemokraten, allerdings in Ortsgrößenformat und daß sie als Kommunalpolitiker so engstirnig, so mikroskopisch klein und beschränkt dem Wink getreulich gehorchen, den ihre Führer im Bezirksausschuß, im Kreisausschuß oder Landtag ihnen geben.

Das zeigte sich deutlich in der letzten Sitzung der Zschachwitzer Gemeindeverordneten, der die Antwort des Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Pirna auf den Beschluß der Gemeindeverordneten, ab 2. Termin keine Gemeindezuschläge zur Grundsteuer und zur Gewerbesteuer mehr zu erheben, vorlag. Und dieser Bescheid der Beschlußbehörde, in der vier Sozialdemokraten und fünf Bürgerliche in schönster Harmonie Hand in Hand arbeiten, war auch darnach.

Bevor es zur Stellungnahme des genannten Bezirksausschuß kam, hatte die Amtshauptmannschaft den kommunistischen Bürgermeister darauf aufmerksam gemacht, daß der einmütige Beschluß der Zschachwitzer Gemeindeverordneten nicht nur einen schweren Nachteil für die Gemeinde befürchten lasse (§ 86 GO), sondern auch insofern gesetzwidrig sei, als er nach § 85 GO in Verbindung mit § 4 Abs. 3 GO bei der Durchführung, die so wie so schon außerordentlich angespannten geldwirtschaftlichen Verhältnisse keineswegs in Ordnung halten könne. Der Gemeinderat, so sagte die Amtshauptmannschaft, wird deshalb auf die sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen ausdrücklich hingewiesen und es wird von ihm erwartet, daß er, der Gemeinderat Einspruch einlegt. Darüber hinaus machte die Amtshauptmannschaft darauf aufmerksam, daß sie Gesuche der Gemeinde Zschachwitz um Sonderbeihilfen aus dem Lastenausgleichstock oder Anträge zur Genehmigung von Darlehnsaufnahmen für nicht produktive Zwecke solange ablehnen wird, solange die Gemeindeverordneten daran festhalten, keinerlei Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer für die Gemeinde zu erheben.

Unser Genosse Schreiter lehnte in einer Antwort als Bürgermeister an die Amtshauptmannschaft es ab, gegen den einmütigen Willensausdruck der Zschachwitzer Einwohnerschaft Einspruch zuerheben. Hierbei beachte er ganz besonders das im § 1 der GO den sächsischen Gemeinden gewährleistete Selbstverwaltungsrecht. Ferner sei der Gemeinderat nur ausführendes Organ der Gemeindeverordneten und arbeite unter deren Aufsicht. Das Beschlußrecht stehe nur den Verordneten zu.

Daraufhin hat der Bezirksausschuß vom äußersten rechten Flügel seiner Mitglieder bis zu den linksten „Linkssozialisten" Beschlüsse gefaßt, die kommunalpolitisch für die Gemeinde Z. und weit darüber hinaus von größter Bedeutung sind.

1. wurde die **Genehmigung versagt** zur Aenderung der Steuerordnung durch Nachtrag, so daß es bei den bisherigen 150prozentigen Gemeindezuschlägen für die Grund- und Gewerbesteuer verbleibt.

2. erfolgte die **Anweisung** an die Gemeinde, ab 1. Oktober 1928 die Biersteuer nach Einheitssätzen einzuführen.

3. versagte das genannte Gremium die Aufnahme eines Darlehns von 23 500 RM für den Wohnungsneubau.

4. deckte dieser Ausschuß die Auffassung der Amtshauptmannschaft, nach der eine befürwortende Weitergabe eines Gesuches der Gemeinde um Beihilfe aus dem Lastenausgleichstock solange nicht in Frage kommt, als die Gemeindeverordneten die gefaßten Beschlüsse in den Steuerfragen nicht aufheben.

Und 5. versucht der Bezirksausschuß den Ankauf von 28 000 Quadratmeter Park, Garten und Bauland dadurch zu verhindern, daß er seine Zustimmung zum Verkaufe von 2000 Quadratmeter Land für die Zwecke der Finanzierung nicht genehmigen will.

Die feindselige Haltung aller Bürgerlichen und sozialdemokratischen Bezirksausschußmitglieder Zschachwitz gegenüber wird damit begründet, daß die Vermögenslage der Gemeinde ungünstig sei. Angeblich übersteigen die Schulden das flüssige Vermögen. In den Rechnungsjahren 1925/26 und 27 seien im Gemeindehaushalt erhebliche Fehlbeträge zu verzeichnen gewesen. Die Verordneten vernachlässigten schuldhaft ihre Gemeindeaufgaben und durch Nichtausnützung aller Steuern sei man auch nicht in der Lage gemäß der GO die geldwirtschaftlichen Verhältnisse in Ordnung zu halten. Das Darlehn für den Wohnungsbau wird im besonderen noch deshalb abgelehnt, weil dem BA sowohl der Geldgeber als auch die Bedingungen (Auszahlungskurs, Zins- und Tilgung) noch nicht bekannt sind. Ferner wird verlangt, daß die Gemeinde die Rentabilität des Wohnungsbaues dem Bezirksausschuß noch besonders nachweist, genaue Berechnungen vorlegt, aus denen sich ergibt, wie weit die Gemeindekasse aus ihren Mitteln Zuschüsse leistet, wobei von den Einnahmen, insbesondere die Mieten auch tatsächlich in der angegebenen Höhe vereinnahmt worden sind. Hierbei sowie auch in den anderen Fällen wird immer wieder der Ratschlag wiederholt, die Steuerquellen gemeindeseitig restlos auszuschöpfen.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion führte in der Sitzung der Gemeindeverordneten Gen. Richter zur Begründung der kommunistischen Stellungnahme zu den „oberbehördlichen Maßnahmen" und dem Krieg der Gemeinde mit der Amtshauptmannschaft folgendes aus: Der Amtshauptmannschaft als Staatsbehörde und dem Bezirksausschuß in seiner bürgerlich-sozialdemokratischen Zusammenfassung paßt „das Ganze in Zschachwitz" nicht. Als ausführende und willfährige Organe der großbürgerlichen Politik im Reich und im Lande wollen sie hier Ordnung, wie sie sie auffassen, bringen. Das wahre Gesicht der führenden Clique im Bezirksausschuß, der Großgrundbesitzer und Baumeister gesteht, daß sie nicht nur für 150, sondern auch für 200 und wenn es ganz arme Teufel sind, die es trifft, sogar für 300 und 400 Prozent Grund- und Gewerbesteuer-Gemeindezuschläge sind. Damit ist festgestellt: Der im Lande und in den Gemeinden verhaßte Steuerdruck der werktätigen Massen, der kleinen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden geht vom Großbürgertum aus, wobei diesem die sozialdemokratischen Spitzen, also die Führer der SPD sekundieren. **Die sogenannten kleinen Leute können sich bei denen bedanken, die sie zum größten Teile gewählt haben.**

Das Grund- und Gewerbesteuergesetz vom Jahre 1926 bedeutet eine wesentliche Steuererleichterung für Großindustrie und Großgrundbesitz; dagegen eine steuerliche Bedrückung und weitere Belastung für die kleinen Gewerbetreibenden und ebenso für die kleinen Grundbesitzer. Steuerlich gesehen — natürlich auch politisch — geht das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden immer mehr in die Binsen. Auch das Recht der Gemeindevertreter zur unbeeinflußten Entschließung und freien Entscheidung zum „Wohle des großen Ganzen" ist nur eine Phrase. Sollen wir uns als Kulis, als Helfershelfer der Großbourgeoisie im Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes einspannen lassen? Wir Kommunisten lehnen eine derartige Strauchritterfunktion ab.

Die Biersteuer lehnen wir nach wie vor ab.

Dabei sei daran erinnert, daß der Bürgerblock im Reiche im April 1927 die Steuer für Schnaps, Likör, Wein und Schaumwein beseitigt hat. Die Saufereien der Besitzenden wurden damit verbilligt, die Biersteuer aber als eine die arbeitenden Massen belastende Steuer ausdrücklich beibehalten bzw. erhöht. Der Charakter dieser Steuer ist damit enthüllt, sie wirkt massenbelastend. Deshalb werden wir Arbeiter aus dieser prinzipiellen Gegnerschaft immer diese Steuer bekämpfen und ablehnen. 1½ Jahr haben wir in Zschachwitz gegen die Biersteuer gekämpft und alles getan, um ihre Einführung zu verhindern. Seinerzeit zu Anfang des Jahres knüpfte der Bezirksausschuß an unsere aufgelegte Notstandsarbeit für die Gommernsche Straße das Verlangen, die Biersteuer einzuführen, andernfalls sollten wir kein **Darlehn aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge erhalten.** Sogar die Gemeindekammer stellte sich auf den Standpunkt, daß die Beschlußbehörde berechtigt sei, die Genehmigung der für den Straßenbau notwendigen 52 800 RM als Darlehn davon abhängig zu machen, daß jene Biersteuer eingeführt wird. Auch hier leisteten wir Widerstand. Obwohl überall in unserer näheren und weiteren Umgebung die Biersteuer eingeführt worden ist — in der Stadt Dresden, der Amtshauptmannschaft Dresden, Gemeinde Zschieren, Heidenau, Dohna, Pirna, Sebnitz usw. — würden wir auf keinen Fall diese Biersteuer von uns aus beschließen. Nun wird

„auf Anordnung der Beschlußbehörde gemäß § 172 der Gemeindeordnung" diese Biersteuer auch für Zschachwitz dekretiert.

Werden wir nunmehr das Darlehn zum Bau der Gommernschen Straße genehmigt bekommen? Es ist höchste Zeit, diesen Straßenzug auszubauen und herzustellen, die Zustände da draußen sind himmelschreiend und für die proletarischen Anwohner sowie für die Betriebsarbeiter, die diese Straße benützen müssen, unerträglich geworden. Wir stellen fest, daß an der Verzögerung des Ausbaues dieser Straße und ihrer gründlichen Neuherstellung der bürgerlich-sozialdemokratische Bezirksausschuß schuld ist.

Wie sieht denn die „Aufsicht" unseres bürgerlichen und kapitalistischen Staates aus?

Es kann Beschwerden regnen wegen des Zustandes der Fahrstraßen und Fußwege seitens der Arbeiter. Die arbeitende Bevölkerung kann unter der Wohnungsnot oder der Erwerbslosigkeit unter Beschwerdeflüchen zugrunde gehen — die Aufsicht erstreckt sich nicht auf die Abstellung derartiger das Leben zugrunderichtender Verhältnisse. Von aufsichtswegen wird aber verlangt, daß die Gemeinden ihre Steuerzahler gründlich schröpfen. — Auf einen Antrag an die Gemeindekammer verzichten wir, da diese bereits in ihrer Sitzung vom Juni d. J. in der Sache zu Ungunsten der Gemeinde entschieden hat. Ein weiterer Antrag wäre nur Formalität und würde der Amtshauptmannschaft nur den Vorwand geben, die Darlehnsaufnahme zur produktiven Erwerbslosenfürsorge weiter hinzuhalten und zu versagen.

Wir wissen, daß der Zschachwitzer Wohnungsbau der Privatwirtschaft und ihren Beauftragten in den Regierungsstellen schon lange **ein Pfahl im Auge** ist. Das zeigt auch die Begründung zur Versagung der Genehmigung für das Darlehn von 23 500 RM. Der Regiebau, also die Ausschaltung der Baumeisterprofite hat den gesamten Bezirksausschuß gemütskrank werden lassen. Unerhört ist das Verlangen vom Bezirksausschuß, daß die Gemeinde nachweisen soll „die Höhe der Einnahmen, insbesondere die Mieten, wobei besonders nachzuweisen ist, daß die Mieten auch tatsächlich in der angegebenen Höhe vereinnahmt worden sind." Die maßgebenden Stellen wollen also ihr Aufsichtsrecht jetzt sogar auf die eigenen Geschäfte der Gemeinde ausdehnen und womöglich jede Monatsrate Miete überwachen. Wahrscheinlich gefällt den Leuten nicht die Tatsache, daß in den neuerstellten Wohnungen zu relativ billigen Mieten fast nur Arbeiter Mieter geworden sind. Gewiß, die Zschachwitzer Gemeindepolitik sieht schon anders aus als die bürgerlich-sozialdemokratische Politik in unserer Umgebung. **Aber dem Regiebau will man zu Leibe,** man will ihn von oben das Genick brechen. Dagegen werden wir die Arbeiter mobil machen!

Wie sich die Herrschaften in Pirna verrannt haben, beweist auch ihre Stellungnahme zur befürwortenden Weitergabe eines Gesuches der Gemeinde um Beihilfe aus dem Lastenausgleichstock. Dabei haben die Regierungsräte in P. vergessen, die alte Walze von der Biersteuer herunterzunehmen. Fabelhaft ist auch ihre Vergeßlichkeit hinsichtlich der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer. Das Gesuch um Beihilfe ist ja für das Jahr 1927 eingereicht worden. Und für dieses Rechnungsjahr wurden tatsächlich 150prozentige Gemeindezuschläge erhoben. Und trotzdem versagte man die „befürwortende" Weitergabe! Wer war denn hier für 1927 „pflichtvergessen"? Zu überlegen wäre, ob der Amtshauptmannschaft gegenüber die Aufsichtsbeschwerde angebracht wäre. Jedoch ist die Kreishauptmannschaft vom selben Holz, beide haben das Interesse an der Erhaltung des bürgerlichen Staates. Einwandfrei ist aber in dieser Sache die Verbohrtheit der bürgerlichen Mehrheit im Bezirksausschuß und der Amtshauptmannschaft, das blinde Wüten und Toben gegenüber Zschachwitz zu erkennen.

Vollkommen durcheinander ist diese Instanz bei der Frage des Erwerbes unseres großen Gartens. Weiß die Amtshauptmannschaft nicht, daß der Kauf schon getätigt ist? Der Kaufvertrag ist doch rechtsgültig abgeschlossen und amtsgerichtlich eingetragen. Hier ist nichts mehr zu ändern. Aber der Neid blickt doch hier aus allen Schriftzügen der Verfügung. Wer hat sich denn hier verrechnet. Es ist geradezu hahnebüchen, zu versuchen die Gemeinde um diese 28 000 Quadratmeter Park, Garten und Bauland zu bringen. Hier wäre der praktische Fall, wo eine Aufsichtsbehörde, die im Interesse der werktätigen Schichten arbeitet, eine Gemeinde direkt dazu anhalten müßte, einen solchen Ankauf auf keinen Fall zu verpassen. **Statt dessen ist es im bürgerlichen Deutschland so, daß dem Bemühen für die notleidende Bevölkerung zu sorgen, von staatswegen die größten Schwierigkeiten bereitet werden.** Der Verkauf von zwei Parzellen für die Finanzierung des Ankaufes ist zurückgestellt worden. Wir Kommunisten sind an und für sich dagegen, auch nur einen Quadratmeter kommunales Land zu verkaufen. Hier stehen aber 28 000 Quadratmeter hochwertiges Land zum Erwerb gegen 2000 Quadratmeter des Verkaufes. Die Amtshauptmannschaft würde mit ihrem Bezirksausschuß schleunigst die Genehmigung für den Verkauf gegeben haben, **wenn die Erwerber Aktionäre, Konzerne oder Trusts wären.** Spornstreichs würden sie handeln zu Gunsten des Privatbesitzers. Hier handelt es sich jedoch um zwei an und für sich arme Teufel, die sich für den Landkauf erst das Geld zusammengeborgt haben. Wer nichts hat, soll auch nichts bekommen — wer aber genügend hat, kriegt noch dazu, so denkt man dort oben im Rate des Bezirksausschusses.

Abschließend kann festgestellt werden, daß sich der Bezirksausschuß „wie der Ochse im Porzellanladen" bewegt, wenn es um Zschachwitz geht. Gegen unsere Gemeinde müssen diesem Ausschuß alle Dinge als Mittel dienen. Sagen wir hier zu einer x-beliebigen Sache ja, sagt man dort oben nein; sagen wir nein, so sagt man dort aber ganz bestimmt ja. Um jeden Preis wird gegen die proletarische Gemeinde Zschachwitz gekämpft. Zschachwitz ist ihnen der allerschlechteste Buchstabe im Alphabet. Im Kampfe unserer Arbeiterwohnsitzgemeinde gegen die bürgerliche Mehrheit im Bezirksausschuß drückt sich der Klassenkampf aus. Es stehen sich hier zwei Welten gegenüber! Auf kommunalpolitischem und Verwaltungsgebiet kämpft die Arbeiterwohnsitzgemeinde gegen die Feudalherren und Industriekapitäne. Es wird höchste Zeit, die bürgerliche Mehrheit der Amtshauptmannschaft

1. zum Teufel zu jagen,
2. Kommunisten in den Bezirkstag zu wählen und
3. möglich ein paar gute Hechte in den Karpfenteich des Bezirksausschusses zu setzen.

Die Arbeiter müssen erkennen, wo der Feind steht und müssen wissen, daß er geschlagen und vernichtet werden muß, wenn sie leben wollen. Dieser Kampf kann sich natürlich nicht auf dem parlamentarischen Boden beschränken. Zunächst jedoch gehen unsere Anträge dahin, die Gemeindekammer ebenso einmütig anzurufen, wie wir bisher die Beschlüsse in der Steuerfrage gefaßt haben, daher fordern wir vom Kollegium: als nächsten Schritt die Gemeindekammer anzurufen in den Fragen der Nichtgenehmigung des Beschlusses von der Erhebung von Gemeindezuschlägen der Grund- und Gewerbesteuer ab 2. Termin 1928 abzusehen; der Nichtbewilligung der Darlehnsaufnahme für den Wohnungsbau und für den Ankauf der Parkanlage.

Darüber hinaus wissen wir Kommunisten, was unsere Pflicht ist gegenüber der werktätigen Bevölkerung, nämlich aufzurütteln und mobil zu machen gegen jene reaktionären Kräfte im Bezirk, Land und Reich, die sich immer breiter machen und eine werktätigenfeindliche Politik treiben im Dienste der Großagrarier, Trustherren und der Hochfinanz!

Die Zschachwitzer Gemeindeverordnetensitzung

Die SPD-Fraktion entlarvt selbst ihren Wählerbetrug

Die Debatte der letzten Gemeindeverordnetensitzung am 9. August, die sich mit der im obigen Artikel behandelten Frage beschäftigte, förderte u. a. folgende interessante Momente zutage. Der sozialdemokratische Fraktionsredner Lehnert lehnte es ab, die Gemeindekammer beschwerdeführend anzurufen. Sie als Gemeindeverordnete hätten ja beschlossen, der Bürgermeister sollte nur das ausführen, was der Bezirksausschuß nicht genehmigt hat — also jetzt gesetzwidrig ist! Es sei Sache des Bürgermeisters gewesen, gegen die Beschlüsse in der Steuerfrage Einspruch zu erheben. Seine Bindung als Parteimann sei wohl hier stärker wie als Beamter. Auch sei es Pflicht gewesen, ein Einigungsverfahren entsprechend der Gemeindeordnung mit den Gemeindeverordneten vom Gemeinderat durchzuführen. Für ihn und seine Fraktion käme nur in Frage, daß Gemeindezuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer nicht mehr zur Erhebung kämen. Die KPD habe wohl geglaubt, sie würden als Sozialdemokraten diesem damaligen Antrag von der Erhebung der Gemeindezuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer überhaupt abzusehen, nicht zustimmen. Das wäre wohl so was geworden, daß dann auf der „bösen" Sozialdemokratie hätte Holz gehackt werden können. Dem wären sie aber durch ihre Zustimmung zum Antrage aus dem Wege gegangen (hört, hört).

Im Auftrage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sagte Herr Saupe, daß sie **als AG mit gewissenhafter Sympathie den Ausführungen der SPD gefolgt** seien und **sich voll und ganz auf den Standpunkt des Herrn Lehnert und seiner SPD stellen** würden, so daß sie es ablehnen, die Gemeindekammer anzurufen. Der Bürgermeister habe aber pflichtwidrig gehandelt und hätte müssen Einspruch erheben. Warum sie als die Bürgerlichen dem kommunistischen Antrage auf Beseitigung der Grund- und Gewerbesteuer-Gemeindezuschläge in der vorigen Sitzung zugestimmt hätten, nun das könne er heute ruhig sagen, sie hätten sich auf den Standpunkt jenes Juden Simon gestellt, der da sagt: **Wenn schon die Pleite gewiß ist, dann schadet es gar nichts wenn man sie so groß wie möglich werden läßt.** Im weiteren Verlaufe der Diskussion stellte er den Antrag, die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer mit Rücksicht auf die Notlage von Hausbesitz und Kleingewerbe ab 1. Oktober auf 100 Prozent festzulegen.

Genosse Schreiter konnte als Bürgermeister einwandfrei nachweisen, daß Herr Lehnert als Gemeindebeamter ein miserabler Ratgeber und Jurist für die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit des Kollegiums sei. Die Tätigkeit des Gemeinderates sei ebenso abgegrenzt wie die der Verordneten. Er werde den Willen der Verordneten ausführen, wenn sie beschließen, die Gemeindekammer anzurufen. Im übrigen komme das Einigungsverfahren ja nur dort in Frage, wo ein körperschaftlicher Gemeinderat existiere.

Eine besondere Redeblüte [illegible] sich Berthold (SPD). Schlankweg bezeichnete er den damaligen Antrag auf Beseitigung der Gemeindezuschläge als Versuch der Kommunisten, die Schlappe der Reichstagswahl wieder auszuwetzen und kleinbürgerliche Wähler zu gewinnen. (Gelächter der Tribüne.) Kühn rief er in den Sitzungssaal hinein: **Wir Sozialdemokraten sind nicht so protestlustig wie Sie.** Glaubt Ihr Kommunisten denn, wir würden als Sozialdemokraten, wenn wir durch das Dorf gehen mit Fingern auf uns zeigen lassen, seht, da ist einer, der will die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer? Deswegen haben Sozialdemokraten Eurem Antrag zugestimmt. **(Zuruf: Also Komödie gespielt!)**

Die Aussprache wogte lange hin und her. Die Sozialdemokraten verloren immer mehr an Terrain. Sie kamen in eine immer schwierigere Situation, immer kleinlauter wurden sie und immer verworrener. Ebenso erging es der Bürgerlichen, ihnen wurde der Boden auf dem sie standen immer heißer. Sie glaubten sich retten zu können mit dem Antrag Grund- und Gewerbesteuer auf 100 Prozent ab 1. Oktober festzusetzen. Dadurch aber haben sie ein paar Schaufeln mehr aus jener Grabstätte herausgeholt, die ihnen das nächste Mal zum Begräbnis auf den Mund geworfen werden. Nach einer kurzen Beratung und Stellungnahme der verschiedenen Fraktionen erfolgte Fortsetzung der Sitzung und Abstimmung. Alle Anträge der KPD die Gemeindekammer entscheiden zu lassen wurden von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten Arm in Arm abgelehnt. Bürgerliche und Sozialdemokraten lassen sich in der Gemeinde das Diktat von der Aufsichtsbehörde und zwar Amtshauptmannschaft und Bezirksausschuß bieten und das Selbstverwaltungsrecht rauben. Statt auf die Maßnahme mit Beschwerde an die Gemeindekammer zu antworten und die Grundrechte der Gemeindevertreter zu verteidigen, sind sie zu Kreuze gekrochen und treiben ihr Spiel als politische Heuchler weiter. Beide stimmen gemeinsam für den Antrag, den kein Mensch mehr ernst nimmt — am allerwenigsten jene Aufsichtsbehörde — die Grund- und Gewerbesteuer ab 1. Oktober auf 100 Prozent festzulegen. Im stillen bejahen sie damit die glatte Bevormundung durch die Amtshauptmannschaft. Die kommunistische Fraktion stimmte gegen jenen kläglichen Antrag weil sie weiß, daß der Steuerkampf auf breitester Grundlage und in Front mit der gesamten werktätigen Bevölkerung aufgenommen und durchgeführt werden muß. **Ueber die Verhandlungen anderer Punkte berichten wir später.**

Revolution

Die Geschichte der Novemberrevolution ist die Geschichte der KPD., die in diesem Jahr ihren 10. Gründungstag begeht. Die Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution" hat nicht die Aufgabe, die innerparteiliche Entwicklung eingehend zu schildern. Aber erst im Rahmen dieses Geschichtsabschnitts und seiner sich überstürzenden, in Wort und Bild dargestellten Ereignisse verstehen wir ganz, wie die KPD. aus den kleinsten Anfängen zur alle revolutionären Kräfte in sich vereinigenden Massenpartei heranwuchs. Die massenhafte Verbreitung dieses Werkes ist der beste Auftakt für den 10. Geburtstag der KPD.

Hugo Eberlein

SLUB
Wir führen Wissen.